

**Stadtverordnetenversammlung
Brandenburg an der Havel**

(Eingangsstempel)

SPD-Fraktion

Beschlussantrag

an die Stadtverordnetenversammlung

zur Behandlung in öffentlicher Sitzung nichtöffentlicher Sitzung

Beschlussgegenstand: **Bezeichnung des Bündnisses in der Stadt Brandenburg an der Havel, das sich im Jahr 2007 als Reaktion auf rechtsextremistisch und fremdenfeindlich motivierte Übergriffe gegründet hat**

Beratungsfolge:

- | | | | |
|-------------------------------------|---|--------------------------|----------------------------|
| <input type="checkbox"/> | Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport | <input type="checkbox"/> | Rechnungsprüfungsausschuss |
| <input type="checkbox"/> | Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Seniorenfragen | <input type="checkbox"/> | Jugendhilfeausschuss |
| <input type="checkbox"/> | Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus, kommunale Beteiligungen und Vergaben | <input type="checkbox"/> | Werksausschuss |
| <input type="checkbox"/> | Ausschuss für Umwelt, Recht, Ordnung und Petitionen | | |
| <input type="checkbox"/> | Ausschuss für Stadtentwicklung | | |
| <input type="checkbox"/> | Ausschuss für Finanzen und Liegenschaften | | |
| <input checked="" type="checkbox"/> | 19.08.2013 Hauptausschuss | | |
| <input checked="" type="checkbox"/> | 28.08.2013 Stadtverordnetenversammlung | | |

Beschlussvorschlag:

Die Beschlussvorlage mit der Vorlagennummer 221/2013 wird dahingehend geändert, dass „*Koordinierungsgruppe zur Intervention bei relevanten Aktivitäten extremistischer Gruppierungen*“ durch „*Koordinierungsgruppe des Aktionsbündnisses für Demokratie und Toleranz in der Stadt Brandenburg*“ ersetzt wird.

.....

Begründung - siehe Rückseite -

Unterschrift/en

Begründung:

Das „*Aktionsbündnis für Demokratie und Toleranz in der Stadt Brandenburg*“ wurde 2007 als Reaktion auf rechtsextremistisch und fremdenfeindlich motivierte Übergriffe mit Unterstützung der Stadtverwaltung und aller Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung gegründet. Am 4. Dezember 2008 wurde es in das 1997 bestehende „*Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit*“ aufgenommen und ist dort auch auf der Internetseite als Mitglied – an erster Stelle - aufgeführt (<http://www.aktionsbuendnis-brandenburg.de/aktionen-positionen/organisationen-liste>). Es ist somit Teil der Aktivitäten gegen den Rechtsextremismus, der seit Bestehen des Landes ein so großes Problem darstellt, dass zu seiner Bekämpfung – im Unterschied zum Linksextremismus - zivilgesellschaftliches Engagement erforderlich ist.

Der damalige Innenminister Jörg Schönbohm schrieb 2007 zu dem Buch „*Rechtsextremismus in Brandenburg*“ ein Geleitwort, in dem es u.a. heißt: „*Die letzten Jahre zeigen erfreulicherweise, dass immer mehr Bürgerinnen und Bürger nicht weg sehen, sondern sich mit Opfern von Gewalt und Fremdenfeindlichkeit solidarisieren und den Rechtsextremisten zunehmend mit friedlichem Protest entgegen treten. So geschehen etwa mit ‚Potsdam bekennt Farbe!‘, ‚Rathenow schaut nicht weg – Rathenow zeigt Flagge‘ oder beim ‚Tag der Demokraten in Halbe‘. Hier zeigt sich ein gesamtgesellschaftliches Engagement gegen Gewalt und Rechtsextremismus auf breiter Ebene und durch alle Bevölkerungsschichten hindurch.*“ In diesem Kontext steht auch die Gründung des „*Aktionsbündnisses für Demokratie und Toleranz in der Stadt Brandenburg*“ und einer vierköpfigen Projektgruppe unter Leitung des damaligen Präsidenten der Fachhochschule, die ein „*Handlungskonzept für Toleranz und gegen Extremismus*“ erarbeitet hat.

Es ist zu beanstanden, dass in der Beschlussvorlage nicht deutlich wird, dass die Projektgruppe das Koordinierungsorgan des „*Aktionsbündnisses für Demokratie und Toleranz in der Stadt Brandenburg*“ ist, das in der Vorlage überhaupt nicht mehr Erwähnung findet. Es ist weiter zu beanstanden, dass sich die Projektgruppe seit Januar 2010 auch noch „*Koordinierungsgruppe zur Intervention bei relevanten Aktivitäten extremistischer Gruppierungen*“ nennt. Diese Namensgebung erweckt den Eindruck einer Staatsschutzorganisation, die sich sowohl der Bekämpfung des Rechts-, als auch des Linksextremismus widmet. Tatsächlich geht es aber darum, das Handeln der demokratischen Parteien und der Zivilgesellschaft in der Stadt gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit zu koordinieren, was die Koordinierungsgruppe durch alle ihre - in der Anlage 3 der Beschlussvorlage dokumentierten - bisherigen Aktivitäten auch verdienstvoller Weise getan hat. Dies sollte aber auch in der Namensgebung unmissverständlich zum Ausdruck kommen.